

## „Sozialpartnerschaft jenseits von Sonntagsreden“



Gewerkschaftstag ASGB-Metall - Foto: ansa

Bozen - Unter dem Motto „Sozialpartnerschaft jenseits von Sonntagsreden“ haben sich die Betriebsräte und Vertrauensleute des ASGB-Metall am 20. November 2015 auf der Haselburg in Bozen zur elften Landesversammlung getroffen. Werner Pramstrahler, Mitarbeiter des Arbeitsförderungsinstitutes AFI, hat das Referat zum Tagungsmotto gehalten. Er hat den Metallern bestätigt, dass der ASGB gerade in der Krise gezeigt hat, wie ernst und verantwortungsbewusst er seine Rolle wahrgenommen hat.

Pramstrahler stellte fest, dass der Gewerkschaft nichts geschenkt wird und dass gerade eine sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Gewerkschaft über weitere Instrumente und Alternativen verfügen muss, die sie in Ausnahmesituationen zur Anwendung bringen kann.

„Die Gewerkschaft und die Arbeitnehmer“, so der Experte des AFI, „haben gezeigt, dass überall dort, wo Sozialpartnerschaft gelebt wird, alle davon profitieren, die Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, die Betriebe, ja die ganze Gesellschaft. Ein zeitweiliger „Nachteil“ ist oft eine Vorleistung und ein „Guthaben“ für morgen, so Pramstrahler. Er wünscht sich, dass die Unternehmer und auch die Politik noch mehr Vertrauen gegenüber ihren Sozialpartnern aufbringen. Sinnvoll ist eine systematische und dauerhafte Einbindung in die politischen und betrieblichen Entscheidungsprozesse“, so der Experte abschließend.

**Der Sekretär des ASGB-Metall, Klaus Schier und der Obmann Adalbert Tschennet haben am elften Gewerkschaftstag zu mehreren aktuellen Themen Stellung bezogen:**

„Um **höhere Lebenshaltungskosten** als anderswo bestreiten zu können, brauchen die Arbeitnehmer auch einen höheren Lohn. In Südtirol ist die zweite Verhandlungsebene – sei es mit Betriebsabkommen als auch mit Zusatzverträgen auf Landesebene – verstärkt auszubauen, denn die gesamtstaatlichen Mindestlöhne sind unzureichend. Der Fleiß der Südtiroler Arbeiterschaft, die gute Berufsausbildung, die Leistung und die hohe Produktivität müssen von der Wirtschaft anerkannt und auch honoriert werden.

Die Politik ist gefordert, den **wirtschaftlichen Stellenwert der Betriebe** nicht zu unterschätzen und entsprechend gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Alle Beitrags- und Steuerbegünstigungen, die möglich sind, müssen genutzt werden und sind an die arbeitenden Menschen weiterzugeben.

Auch in der Privatwirtschaft sind den **berufstätigen Eltern** die gleichen familienpolitischen Leistungen zu geben, wie den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Familie darf sich nicht von der Art des Arbeitsverhältnisses unterscheiden. Eine kürzlich vom ASGB durchgeführte Befragung über die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, an der sich über 5.400 Personen beteiligt haben, hat ergeben, dass es den Eltern in erster Linie nicht um weitere Betreuungseinrichtungen, sondern um flexible Teilzeitarbeitsplätze bei verlängerten Mutterschafts- bzw. Elternzeiten und um die volle Rentenabsicherung auch während der Mutterschaft bzw. Elternzeit geht“, heißt es abschließend.

<http://www.suedtirolnews.it/d/artikel/2015/11/20/sozialpartnerschaft-jenseits-von-sonntagsreden.html>